



Millionen Menschen von Armut bedroht – Die Preise runter! Jetzt!

Angesichts des alarmierenden Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, wonach fast 14 Millionen Menschen in Deutschland von Armut betroffen sind, fordert Jan Korte von der Bundesregierung ein umfassendes und sofort wirkendes Entlastungspaket.

Korte: „Die Menschen hier in unserer Region zwischen Bernburg, Bitterfeld-Wolfen, Köthen, Staßfurt und Zerbst machen sich um den kommenden Herbst und Winter große Sorgen. Wie sollen sie die nächste Strom- und Heizkostenabrechnung bezahlen? Reicht das Geld für Lebensmittel noch über den Monat? Viele Menschen - vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen, Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende und von Arbeitslosigkeit Betroffene - sind besonders stark von der Teuerungsrate betroffen. Es muss sofort ein Schutzschirm gegen die Preisexplosion eingerichtet werden.“

Das sind unsere Forderungen:

- Mehr Entlastung! Mindestens 1.000 Euro in diesem Jahr für jeden Haushalt, 400 Euro für jede weitere Person. Beispiel: Eine vierköpfige Familie erhält 2.200 Euro. Auch Rentnerinnen und Rentner müssen einbezogen werden! Das heißt, ein Rentnerpaar bekommt 1.400 Euro.
- Spritpreise runter! Die Abzocke der Mineralölsteuer an den Tankstellen durch eine Übergewinnsteuer stoppen.
- Lebensmittelpreise runter! Mehrwertsteuer bei Grundnahrungsmitteln auf Null senken! Der Staat darf nicht noch an den steigenden Preisen verdienen.
- Rettungsfonds für ostdeutsche Betriebe einrichten! Die Arbeitsplätze in unseren ostdeutschen klein- und mittelständischen Betrieben müssen erhalten bleiben.

Hilfe in der Not

Familien, Senioren und Beschäftigte sind gerade mit hohen Energiepreisen,

Nebenkostenabrechnungen und Lebensmittelkosten konfrontiert. Wenn Rechnungen nicht mehr bezahlt werden können und sich die Mahnungen häufen, hilft die Schuldnerberatung weiter. Bei Miet- oder Nebenkostenforderungen helfen Mietervereine. Oft kann in einer schlimmen Lage ein Ausweg gefunden werden. Einige Angebote in ABI und SLK haben wir hier herausgesucht:

Bernburg

Schuldner- und Insolvenzberatung
Kanzler von Pfau'sche Stiftung
Telefon: 03471 640677
Mail: eley@kanzlerstiftung.de

Bitterfeld-Wolfen

Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle
AWO Soziale Dienste gGmbH
Telefon: 03494 27999

Köthen und Zerbst

AWO Schuldnerberatung
Telefon: 03496 555473
Mail: sb@awo-koethen.de

Links zu Beratungsstellen für Mieterinnen und Mieter, zu Hartz-IV und andere Hilfsangebote im Wahlkreis und in Sachsen-Anhalt haben wir auf www.jankorte.de/hilfeinnot zusammengestellt.

Konkret mitmachen!

Wenn Sie mitmachen wollen, zum Beispiel die „Korte konkret“ in Ihrer Nachbarschaft verteilen, oder das Team von Jan Korte unterstützen wollen, schreiben Sie bitte eine Mail an: kontakt@jankorte.de

Die Arbeit der LINKEN im Wahlkreis Anhalt können Sie auch finanziell unterstützen:

DIE LINKE. Anhalt-Bitterfeld Kreissparkasse Anhalt-Bitterfeld
IBAN: DE45 8005 3722 0302 0045 80

DIE LINKE. Salzlandkreis Salzlandsparkasse
IBAN: DE08 8005 5500 0370 0442 31

Impressum

V.i.S.d.P.: Jan Korte MdB
Redaktionsschluss: 14.7.2022

Anschrift Büro Berlin
Jan Korte MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 71100
Fax: 030 / 227 76201

E-Mail: kontakt@jankorte.de

Internet: www.jankorte.de
www.facebook.com/jankortemdb
www.twitter.com/jankortemdb
www.instagram.com/jankorte77

		7		1	9		8	
		8		6				
	6			3			2	1
7				8				
3						7		
							9	6
	5		1	7				
		3		2	8			
		2			3	8	6	5

Für Sie da: Die Bürgerbüros von Jan Korte

Bürgerbüro Bernburg
Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
Tel.: 0 34 71 / 62 29 47
Fax: 0 34 71 / 62 29 47
jan.korte.wk@bundestag.de

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen
Burgstraße 42
06749 Bitterfeld-Wolfen **NEU!**
Tel.: 0 34 93 / 9 67 97 83
bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Köthen
Friedrich-Ebert-Str. 22
06366 Köthen
Tel.: 0 34 96 / 30 33 91
Fax: 0 34 96 / 30 33 90
koethen@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt
Löderburger Str. 94
39418 Staßfurt
Tel.: 0 39 25 / 32 23 81
Fax: 0 39 25 / 32 23 81
stassfurt@jankorte.de

Korte konkret **DIE LINKE.**

Zeitung des Bundestagsabgeordneten Jan Korte für den Wahlkreis Anhalt und den Harz www.jankorte.de www.facebook.com/jankortemdb



100 Milliarden für Aufrüstung? Und hier fehlt überall das Geld!

CDU, SPD, FDP und Grüne haben ein 100 Milliarden Euro-Aufrüstungsprogramm beschlossen. Doch für marode Schulen, Kitas, Schwimmbäder und Dorfgemeinschaftshäuser ist seit Jahren angeblich kein Geld da!

Für DIE LINKE ist klar: Wir brauchen keine 100 Milliarden-Aufrüstung als Antwort auf Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, weil Aufrüstung gegenüber einer Atommacht im Zweifel überhaupt nichts bringt.

„Wenn der politische Wille da ist, dann ist auch das Geld da.“

Was wir aber seit der Einrichtung des „Sondervermögens“ wissen: Wenn der politische Wille da ist, dann ist auch das Geld da. Wenn die Bundesregierung wollte, dann hätte sie auch das Geld für mehr Investitionen in die Infrastruktur in unseren Dörfern und Städten, für bezahlbare Pflege, für wohnortnahe Krankenhausversorgung und Schulen sowie für existenzsichernde Löhne, Renten und Sozialleistungen. Das alles gäbe

es, wenn die Bundesregierung auch hierfür „Sondervermögen“ einsetzen würde!

- Das sind unsere Forderungen:
- Energiepreise, Lebensmittelpreise, Mietpreise und Gewerbemieten deckeln.
 - Verschuldung, Obdachlosigkeit, Strom- und Energiesperren verhindern.
 - Umwandlung der Entfernungspauschale in ein einheitliches und einkommensunabhängiges Mobilitätsgeld, damit Menschen mit kleinen Einkommen nicht länger benachteiligt werden.
 - 699 Euro Kindergrundsicherung gegen die rasant steigende Kinderarmut.
 - Rekommunalisierung vorantreiben - Krankenhäuser und Energieversorgung wieder in Öffentliche Hand! Die Preistreiberei privater Energiekonzerne muss ein Ende haben und hart besteuert werden.
 - Wohnortnahe Krankenhausversorgung sicherstellen, Pflegebeiträge senken!
 - Tarifbindung in Pflege und Kliniken stärken, einen besseren Personalschlüssel zum Wohle der Patienten und der Beschäftigten durchsetzen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Respekt für Dich“ hatte der heutige Kanzler Scholz im Wahlkampf plakatiert. Heute weiß man auch, vor wem er am meisten Respekt hat: nämlich vor den Konzernchefs.



Denn er sieht respektvoll zu, wie deutsche Aktienunternehmen im Jahr 2022 insgesamt 70 Milliarden Euro Dividende auszahlen, obwohl sie Kurzarbeitergeld kassiert haben. Die ihre Gewinne regelmäßig mit Niedriglöhnen und miesen Arbeitsbedingungen erwirtschaften. Und die an der Krise, die viele hier in die Armut stürzt, prächtig verdienen - aber trotzdem keine Übergewinnsteuer zahlen müssen, wie es sie in anderen europäischen Ländern längst gibt.

Das Schlimmste aber an dieser Koalition von SPD, Grünen und FDP ist, dass sie überhaupt keinen Draht zur Bevölkerung haben. Sie bekommen überhaupt nicht mit, wie hart es gerade ist, durch den Monat zu kommen - selbst wenn man Arbeit hat. Sie lassen die Leute mit den Problemen alleine.

Die Menschen brauchen keine Spartipps, sondern endlich spürbare Entlastungen. Dafür machen wir als LINKE der Regierung jeden Tag Druck. Wir fordern ein Sondervermögen gegen Armut. Wir fordern wirklichen Respekt vor denen ein, die Tag für Tag den Laden am Laufen halten. Wir sind die soziale Opposition im Land - darauf können sich verlassen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Jan Korte

42 Stunden pro Woche

sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, fordert der BDI, und Finanzminister Linder will der Wirtschaft mit Überstunden helfen. Wir meinen: Wer gute Leute will, muss auch gut bezahlen. Und bei Rekordgewinnen der Konzerne 2021 können sie sich auch selbst helfen. Seite 2

6.400 Euro Spenden

hat Jan Korte seit der Bundestagswahl im September 2021 übergeben: für das Kinderlager der Tafel Zerbst, für die Ehrenamtsgala im Landkreis Harz, das 100-Jahre-Vereinsfest der Angler in Unseburg, das Internationale Kegeltturnier der SG Wolfen, für Sportfeste, Kulturveranstaltungen und vieles mehr. Zwei Beispiele auf Seite 3

13,8 Mio in Armut

das hat der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen ergeben. Aber die Bundesregierung möchte kein „Sondervermögen“ einrichten, um sie zu bekämpfen. Immer mehr Berufstätige wissen nicht mehr, wie sie über die Runden kommen sollen. Die Position der LINKEN und Adressen von Hilfsangeboten auf Seite 4

Keine Dividendenauszahlung bei Staatshilfen!



Deutsche Aktienunternehmen zahlen dieses Jahr zusammen 70 Milliarden Euro Dividenden aus, so viel wie nie zuvor. Darunter sind zum Beispiel die großen der Autobranche BMW, VW oder Daimler. Wie viele andere Konzerne wurden sie in der Krise mit staatlichen Geldern gestützt: Das Kurzarbeitergeld zum Beispiel hat ihnen ermöglicht, die Personalkosten zu senken - und da die normalerweise von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen gefüllte Kasse leer war, musste der Staat 24 Milliarden Euro aus öffentlichen Geldern zuschießen.

Dieses Geld wird jetzt indirekt an die Aktionäre ausgezahlt - und die Bundesregierung schaut zu. Das ist nichts anderes als eine

Umverteilung von unten nach oben. Es ist unfassbar ungerecht, dass Großkonzerne trotz Milliarden Gewinnen die Staatshilfe behalten und sogar an ihre Aktionäre auszahlen dürfen und gleichzeitig viele Kleinbetriebe Corona-Hilfen zurückzahlen mussten - oder erst gar keine bekommen haben.

Diese Ungerechtigkeit muss unterbunden werden. DIE LINKE im Bundestag setzt sich dafür ein, Staatshilfen wie Kurzarbeitergeld an Bedingungen zu knüpfen. Wer Staatshilfen bekommt, darf keine Dividende ausschütten! Die Konzerne sollten ihr Geld für Krisenzeiten zurücklegen, statt ihre Gewinne zu verpressen. Und wenn sie das nicht schaffen, muss man das eben mit Steuern regeln.

Berufsverbote-Opfer endlich rehabilitieren



„Wir wollen mehr Demokratie wagen“, verkündete Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1969. Noch als Vizekanzler in der Großen Koalition unter Altnazi Kiesinger allerdings beschaffte er die notwendige 2/3-Mehrheit zur Grundgesetzänderung für die antidemokratischen Notstandsgesetze. In seiner eigenen sozialliberalen Regierungszeit folgte dann am 28. Januar 1972 der sogenannte Radikalenerlass: „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“, sollten aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden.

Er löste eine systematische Verfolgung und Überprüfung zahlreicher Linker aus, die sich um eine Beschäftigung bewarben oder bereits tätig waren. Mit einer „Regelanfrage“ wurden allein bis 1987 rund 3,5 Mio. Personen vom BRD-Verfassungsschutz auf politische Zuverlässigkeit überprüft. Etwa 11.000 Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.256 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen folgten. Tausende Menschen wurden um ihre berufliche

Karriere gebracht und standen unter einem Generalverdacht. Für viele, die im Zuge des Radikalenerlasses als Verfassungsfeinde stigmatisiert wurden, bedeutete dies das Ende ihrer Karriere. Der sogenannte Radikalenerlass zielte fast ausschließlich auf die gesellschaftliche Linke. Die Mitgliedschaft in der NPD und anderen rechtsextremen Organisationen wurde nicht als Problem gesehen.

Nicht nur in der BRD, sondern weltweit gab es Proteste gegen die Berufsverbote, die völlig zu Recht als Ausdruck eines autoritären Demokratieverständnis und eines militanten Antikommunismus bewertet wurden. Zwar schwächte die Bundesregierung ab 1976 die Anwendung des Erlasses ab, aber erst 1985 schaffte das Saarland als erstes Bundesland die Regelanfrage ab, in Bayern blieb sie bis 1991 bestehen. Bis heute wurde der Radikalenerlass weder offiziell aufgehoben, noch dessen Betroffene rehabilitiert oder entschädigt. DIE LINKE im Bundestag wird sich weiter dafür einsetzen, dass dieses Kapitel aufgearbeitet wird und die Betroffenen rehabilitiert werden.

Korte kurz:

Bestnote von Abgeordnetenwatch.de

Noten	Abgeordnete / Parteien	Beantwortete Fragen
Note 1	Jan Korte, DIE LINKE	12/12
Note 1	Heike Brehmer, CDU	11/11
Note 1	Petra Sitte, DIE LINKE	10/10
...
Note 6	Dieter Stier, CDU	0/1
Note 6	Ingo Bodtke, FDP	0/2
Note 6	Steffi Lemke, GRÜNE	0/32

Von den 18 sachsen-anhaltischen Abgeordneten der sechs im Bundestag vertretenen Parteien hat Jan Korte von der Politik- und Transparenzplattform Abgeordnetenwatch die Bestnote „Sehr gut“ erhalten. Jedes Jahr zur Sommerpause erhalten die Bundestagsabgeordneten ihre „Schulnoten“. Bei den Abgeordneten wird dabei ihr Antwortverhalten auf Bürgeranfragen benotet.

Individuelle Fragen aus dem Wahlkreis und dem Rest der Republik zu beantworten sei „Ehrensache“, so Korte: „Entscheidend ist es, dass man mitbekommt, was die Leute beschäftigt. Aus diesem Grund suche ich ja auch das direkte Gespräch bei meinen Bürgersprechstunden auf öffentlichen Plätzen. Was passiert, wenn man das nur zu Wahlkampfzeiten macht, kann man zum Beispiel an der aktuellen Regierung sehen: SPD, Grüne und FDP haben überhaupt keine Ahnung vom Alltag der Menschen. Die reden nur mit den Chefs und den Lobbyisten. Und das sieht man leider auch an ihrer Politik.“

Mit Täve unterwegs



Vor 70 Jahren trat Gustav Adolf „Täve“ Schur erstmals mit der DDR-Auswahl bei der Internationalen Friedensfahrt an, die er drei Jahre später im Jahr 1955 und dann noch einmal 1959 gewinnen sollte. Der heute 91-jährige mehrfache Straßenweltmeister war mit Jan Korte beim Familienfest in Staßfurt dabei.

Und das Hauptgesprächsthema der Festbesucherinnen und -besuchern war auch hier die Nicht-Aufnahme von Täve in die „Hall of Fame“ des deutschen Sports. Als sportliches Vorbild und Identifikationsfigur für Generationen in der DDR hätte Täve dort einen Platz mehr als verdient.

Aus dem Wahlkreis nach Texas



Die 16-jährige Lena aus Bernburg wird auf Vorschlag von Jan Korte im Rahmen des Parlamentarischen Austauschprogramms des Bundestags in die USA reisen. In Texas wird sie für zehn Monate in einer Gastfamilie leben und die Schule besuchen. Lena kommt aus Anhalt-Bitterfeld, tanzt im Wolfener Ballett und ist letztes Jahr nach Bernburg gezogen. Die Neu-Bernburgerin war noch nie in den USA und blickt daher voller Spannung auf die kommende Zeit.

Das gemeinsame Jugendaustauschprogramm des Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA wurde im Jahr 1983 aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung nach Amerika vereinbart.

Aus dem Wahlkreis in den Bundestag



Nach einer längeren Pause wegen der Corona-Regeln des Bundestags haben jetzt die Besucherfahrten wieder angefangen. In diesem Jahr waren bereits Schülerinnen und Schüler aus Köthen, Mitglieder einer Zerbster Selbsthilfegruppe und Gruppen Ehrenamtlicher aus dem Salzlandkreis und Anhalt-Bitterfeld bei ihrem Abgeordneten zu Gast in Berlin.

Organisiert durch das Bundespresseamt erhalten die Besucher einen ganz direkten Einblick in die Arbeit der Abgeordneten in der Bundeshauptstadt. Für Jan Korte ist es eine gute Tradition geworden, auf diese Weise vor allem ehrenamtlich Engagierten Dank zu sagen. Auch 2023 soll Gruppen, Vereinen und Schulklassen die Möglichkeit gegeben werden, das politische Berlin kennenzulernen - bei Interesse helfen die Bürgerbüros (Kontaktdaten auf S. 4) gerne weiter.

Mehr Unterstützung für Schwimmbäder!



Im Sommer 2014 taten sich vier Familien zusammen, um den Förderverein Schwimmbad Nienburg - Saale e.V. zu gründen und damit kommunale Schwimmbad zu retten. Seitdem kümmern sich die Gründungsmitglieder mit 24 weiteren Ehrenamtlichen liebevoll um ihr Bad. Sie übernehmen den Frühjahrsputz, ermöglichen anderen Vereinen ihren Sport auszuüben und sorgen vor allem für den Schwimmunterricht direkt vor der Haustür.

Daneben kümmern sie sich noch um Spendeneinnahmen und organisieren das beliebte Schwimmbadfest im Sommer, den berühmten Arschbombenwettbewerb und auch das Tischtennisturnier.

Am jüngsten Umbau der Umkleidekabinen hat sich der Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. beteiligt: Mit 400 Euro konnten wir zum Erhalt des Bades beitragen, welches ohne die Tatkraft und den Ideen-

reichtum der Ehrenamtlichen heute nicht mehr existieren würde.

Schwimmbäder sind übrigens nicht nur wichtig für die Schwimmausbildung. Für viele Kinder und Jugendliche, deren Eltern sich keinen Urlaub am Meer leisten können, sind öffentliche Schwimmbäder ein wichtiger Bestandteil der Ferien - gerade jetzt, nach all den Entbehrungen, denen Kinder in der Pandemie ausgesetzt waren.

DIE LINKE im Bundestag hat schon vor Corona auf die desaströse Haushaltslage der Kommunen hingewiesen. Und durch die fehlenden Steuereinnahmen in der Pandemie sind öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder noch mehr von Schließung bedroht. Wenn die Bundesregierung zum Beispiel Superreiche endlich vernünftig besteuern würde, wie es DIE LINKE vorschlägt, gäbe es die Mittel um weitere Schwimmbadschließungen zu verhindern.

60 Jahre für Sport und Nachbarschaft



Unter der Leitung des Kreissportlehrers Hilmar Schröder beschlossen vor 60 Jahren 17 Sportfreunde der Bernburger Ziegeleiwärke eine Sportgemeinschaft im Wohngebiet zu gründen. Am 10. Februar fand die Gründungsversammlung des SG Neuborna 62 e.V. statt und schon am 30. Juni 1962 wurde eine Tradition gegründet - das Wohnbezirkssportfest. Heute heißt es Sport- und Stadtteilstoff und ist mittlerweile zu einer Institution geworden, die

auch abseits des Sports die Nachbarschaft zusammenbringt.

Die von Jan Korte bei seiner Sommertour übergebene 500-Euro-Spende des Vereins der Bundestagsfraktion für das anstehende Sportfest ist also bestens angelegt. Und man kann hier nicht nur feiern: Fußball und Volleyball wird im Verein gespielt es gibt Gymnastikangebote und seit neuestem eine Bogensportabteilung.